

Die Verrechnung Deutschland-Schweiz

Schweizer Einfuhr nach Deutschland erhöht / Kapitalverkehr neu geregelt

Über den Abschluss eines neuen Verrechnungsabkommens zwischen Deutschland und der Schweiz werden noch die folgenden Einzelheiten bekannt, die ein genaueres Bild der Neuregelung ergeben:

Die in dem bisherigen Verrechnungsabkommen vorgesehene Rangordnung auf Verteilung des deutschen Ausfuhrerlöses zunächst auf schweizerische Exporteure und Fremdenverkehr und nur des Restbetrages auf die Finanzgläubiger ist in dem neuen Abkommen aufgegeben worden. Von jetzt an wird der deutsche Ausfuhrerlös nach Abweitung des für den Reiseverkehr bestimmten Monatsbetrages unter die Gruppen der schweizerischen Exporteure (einschließlich Nebenkosten) und der Finanzgläubiger im gleichen Range prozentual aufgeteilt.

Auf dem Gebiete des Warenverkehrs hat die in den letzten Monaten günstige Entwicklung der deutschen Ausfuhr nach der Schweiz eine gewisse Erhöhung der Einfuhr schweizerischer Waren nach Deutschland ermöglichen lassen. Beim Reiseverkehr sind, abgesehen von den bereits erwähnten Vorwegabweitung der Monatsbeträge, wesentliche Veränderungen nicht eingetreten. Die dem Reiseverkehr zur Verfügung gestellten Nominalbeträge halten sich auf der bisherigen Höhe.

Der deutsch-schweizerische Kapitalverkehr ist neu geregelt worden. Grundsätzlich wird den schweizerischen Finanzgläubigern auf ihre Zinsansprüche eine Barauschüttung von 2½% und bis zur Höhe eines Zinssatzes von 5½% jährlich so genannte Reichsmarkanweisung A oder B angeboten. Die Reichsmarkanweisung A berechtigt den Gläubiger zur Besetzung von Ausgaben in Deutschland, wie z. B. Reisekosten, Steuerzahlungen, unentgeltliche Zuwendungen u. dgl.; die Reichsmarkanweisung B wird zu einem festen Kurs von 30% zurückgekauft. Demzufolge erhält ein schweizerischer Finanzgläubiger, der Reichsmarkanweisung B wählt, eine Verzinsung von 3,4% jährlich, wenn er auf den 5½% übersteigenden etwaigen Zinsbetrag verzichtet. Auch für die Zinsen der Dawes- und Young-Anleihe gilt eine entsprechende Regelung, d. h. die Gläubiger erhalten eine Barauschüttung von 2½% und bis zur Höhe von 5½% jährlich die für diese Anleihen vorgesehenen besonderen Sperrguthaben (Dawes- und Young-Mark). Für Mieterträge und Aktiendividenden sind besondere Vereinbarungen getroffen.

Die Neuregelung bedeutet gegenüber dem bisherigen Zustand, dass die schweizerischen Finanzgläubiger jetzt für ein Jahr mit gewissen festen, wenn auch etwas gesenkten Zinsen rechnen können. Bisher wurden die zur Verfügung stehenden Mittel vierjährig nachträglich festgesetzt und auch erst nachträglich ausgeschüttet.

Die mit dem neuen Verrechnungsabkommen angestrebte Verbesserung der deutsch-schweizerischen Wirtschaftsbeziehungen ist nur zu erreichen, wenn die deutsche Ausfuhr nach der Schweiz mindestens im gegenwärtigen Umfang aufrechterhalten bleibt.

Das Verrechnungsabkommen wird in den nächsten Tagen im „Reichsgesetzblatt“ veröffentlicht werden.

(BT) Zwei Dinge spielen für die Entstehung und die Bedeutung des neuen Abkommens eine entscheidende Rolle. Zu-

nächst hängt das Ergebnis des Verrechnungsverkehrs, des schweizerischen wie jedes anderen, von dem Umfang des Warenaustauschs ab. Wir haben bereits auf die Außenhandelszahlen der ersten fünf Monate 1937 hingewiesen, die gegenüber der gleichen Vorjahrszeit eine merkliche Steigerung, namentlich der deutschen Ausfuhr nach der Schweiz und des deutschen Ausfuhrüberschusses gebracht haben. Das hat eine Besserung für die Schweizer Finanzgläubiger gebracht und jetzt, wie die obige Mitteilung zeigt, auch eine Erhöhung der Schweizer Lieferungen nach Deutschland ermöglicht. Damit ist aber zugleich gesagt, dass auch für die Zukunft alles davon abhängt, ob die Schweiz im Ausmass der letzten Zeit oder noch darüber hinaus von uns Waren bezieht. Die Grösse der deutschen Exporte ist Voraussetzung der Schweizer Ausfuhr nach Deutschland und des Funktionierens der im Clearing geregelten Finanzzahlungen.

Die Grundregel des zwischenstaatlichen Zahlungsverkehrs

In diesem zweiten Hauptpunkt ist allerdings eine wesentliche Verfahrensänderung erfolgt. Es sei daran erinnert, welche heftigen Auseinandersetzungen seinerzeit zwischen Exporteuren und Finanzgläubigern in der Schweiz über die Verteilung der im Clearing anfallenden Beträge entbrannten. Man hat im Kompromisswege einen Ausgleich herbeizuführen versucht, ist aber immer wieder in Schwierigkeiten geraten, solange die Schweiz nicht genug aus Deutschland bezog. Entweder die Exporteure, deren Lieferungen beschränkt wurden, oder die Finanzgläubiger, die ihre Forderungen nicht ausreichend erfüllt sahen, fühlten sich benachteiligt. Das war ein Streit, an dem wir unbeteiligt waren. Die jetzt vereinbarte Neuregelung wird vielleicht ähnliche Auseinandersetzungen auslösen, denn die Schweizer Finanzgläubiger haben ja das Verrechnungsabkommen als eine Einrichtung gefordert, die ihre Ansprüche befriedigen sollte. Wenn nunmehr eine Senkung der Zinsforderungen erfolgt, so werden sie dies möglicherweise erneut als eine Benachteiligung betrachten. Aber hierin zeigt sich wieder die enge Verknüpfung mit dem Warenukehr, da nur einmal Finanzzahlungen von Land zu Land nur mit Leistungen durchgeführt werden können. Von dieser Grundregel des zwischenstaatlichen Verkehrs lässt sich keinesfalls etwas abhandeln. Daran ändert auch die Tatsache nichts, das jetzt, abweichend vom bisherigen Verfahren, feste Zinsbeträge vorgesehen sind.

Schliesslich sei hervorgehoben, dass die Beibehaltung des bisherigen Verrechnungssystems nicht auf Deutschlands Haltung zurückzuführen ist. Von uns ist vielmehr eine freiere Gestaltung des Zahlungsverkehrs vorgeschlagen worden, wie sie sich in anderen Fällen (England, Belgien) zur Zufriedenheit beider Parteien durchaus bewährt hat.

Der schweizerische Bundesrat hat in seiner Freitagsitzung einen eingehenden Bericht von Minister Stücki über das in Berlin abgeschlossene neue Verrechnungsabkommen mit Deutschland angehört. Das Abkommen wurde genehmigt und ein entsprechender Bundesratsbeschluss erlassen, der die Ausführungsbestimmungen enthält.

Sperrholzkoffer RAL 958 A ist nunmehr den interessierten Wirtschaftskreisen als gültige Vereinbarung übergeben worden. In der Vereinbarung selbst ist zunächst unter dem Abschnitt „Begriffsbestimmung“ festgelegt, dass bei „Sperrholzkoffern“, „Sperrplattenkoffern“ der gesamte Oberflächenwerkstoff des Gestells (Zarge sowie Deckel und Bodenflächen) ausschliesslich aus Sperrholz bestehen muss. In dem Abschnitt „Bezeichnungsvorschriften“ wird geregelt, dass die Bezeichnungen „vorwiegend Sperrholz“ und „teilweise Sperrholz“ zu verwenden sind, wenn der Oberflächenwerkstoff des Gestells nicht ausschliesslich aus Sperrholz hergestellt ist. In der Vereinbarung wird weiter bestimmt, wann ein Hinweis auf Sperrholz unzulässig ist.

Franc-Sturz und „Sozialreform“-Kosten

Drahtmeldung unseres Wirtschaftskorrespondenten

PARIS, 2. Juli.

Der Franc-Kurs ist unverändert, und viele sprechen schon von dem neuen Richtkurse von 128,88 für das Pfund und 26,07 für den Dollar. Die Lage für den Franc war heute etwas günstiger als gestern; der Währungsfonds griff stärker in den Markt ein und durfte insgesamt Devisen aufgenommen haben. Die Reportsätze erfuhrn eine weitere Entspannung, sind aber für Einmonatspfund mit 1,50 und für Dreimonatsfranc mit 4 Franc noch immer verhältnismässig hoch. Die loyalen Banken unterstützten Termingeschäfte nur noch, wenn ihnen Warenumsätze zugrunde liegen. Andererseits haben die Spekulanten Engagements abgewickelt, wodurch schon ein erhebliches Devisenangebot erfolgte.

Es herrscht aber die Auffassung vor, dass in nächster Zeit mit einem weiteren Rückgang des Franc zu rechnen sei, zumal von einigen Industriezweigen weiterhin behauptet wird, die bisherige Abwertung sei noch kein genügender Ausgleich für die Kosten der „Sozialreform“. Dies könnte natürlich aussenhandelsmässig von grosser Bedeutung sein.

Erleichterungen zum Besuch der 8. Levante-Messe in Bari. Zur Erleichterung des Besuches der 8. Levante-Messe (4.-21. September 1937) in Bari werden, nach einer Mitteilung der Deutsch-Italienischen Handelskammer, Frankfurt a. M., besondere Ausweiskarten ausgegeben. Auf Grund dieser Ausweiskarten gewähren die Staatsbahnen in Deutschland und in der Schweiz 25%, in Italien 50% Fahrpreismässigung, die Deutsche Lufthansa 10% und die italienischen Fluglinien 30% Ermässigung des Flugpreises. Die Inhaber von Ausweiskarten erhalten außerdem vom Visumbüro der Messe eine Karte zum freien Eintritt in das Messegelände. Die Ausweiskarten berechtigen ferner zur unentgeltlichen Benutzung folgender von der Handelsabteilung der Messe organisierten Dienste: Handelsauskunft, Dolmetscher, allgemeiner Schreibdienst und Geschäftsvermittlung. Ausweiskarten, Auskünfte und Prospekte sind kostenlos erhältlich bei der Deutsch-Italienischen Handelskammer, Frankfurt a. M.

Zulassungsantrag für „Wumag“-Aktien. Von der Commerz- und Privat-Bank A.-G. und der Deutschen Bank und Disconto-Gesellschaft ist der Antrag gestellt worden, 4 Mill. R.M. Vorzugsaktien, Nr. 1-1500 und Nr. 16 501-17 500 zu je 1000 R.M. und Nr. 1501-16 500 zu je 100 R.M. der Waggon- und Maschinenbau Aktiengesellschaft Görlitz in Göttingen zum Börsenhandel an der Berliner Börse zuzulassen.

Tagung der Elektrotechniker. Die 39. Mitgliederversammlung des Verbandes Deutscher Elektrotechniker E. V. (VDE) findet vom 5. bis 7. August in Königsberg (Pr.) statt. Der Festvortrag hat der Leiter der Reichsgruppe Energiewirtschaft, Direktor Carl Krecke, übernommen, der über „Neuere Entwicklungslinien der Elektrizitätsversorgung“ berichtet wird. Daneben bringt die Hauptversammlung, wie üblich, den Jahresbericht der Geschäftsführung des VDE. Er ist insofern von besonderer Bedeutung, als in dem nun beendeten Zeitabschnitt die Neuordnung der Technik erfolgte, durch die der VDE zu einem Fachverein des der Partei angeschlossenen NS-Bundes Deutscher Technik wurde, so dass ihm das Feld zu grösserer Wirksamkeit geöffnet wurde. Auch die umfangreichen Arbeiten des VDE zur Einführung devisensparender heimischer Roh- und Werkstoffe in die Elektrotechnik dürften grossem Interesse begegnen.

Gute Gewinne in Buenos Aires

Dem Geschäftsbericht der Chade ist auch derjenige der argentinischen Betriebsgesellschaft beigefügt, die als Inhaberin der Konzession Buenos Aires die Haupteinnahmen der Holding liefert. Der Betriebsüberschuss für 1936 beträgt 86,48 Mill. Papierpesos. Als Reingewinn verbleiben 3,11 Mill. Pesos, wovon 2,66 Mill. als Dividende ausgeschüttet werden. Das Kapital der Argentina lautet auf Goldpesos. Von nom. 310 Mill. sind 263,7 Mill. Goldpesos begeben, und zwar 243,7 Mill. Vorzugsaktien und 20 Mill. Stammaktien. Durch die Ausscheidung der eigenen Betriebe hat sich die Chade-Bilanz vereinfacht. Das Hauptaktivum stellt der Posten „öffentliche Anleihen und Beteiligungen“ im Werte von 601,63 Mill. Goldpesos dar, bei dem Aktienkapital von 260 Mill. und Rücklagen von 103,3 Mill. Der Bruttogewinn stellt sich auf 40,41 Mill., der Reingewinn auf 28,55 (21,75) Mill. Goldpesos. Die Erhöhung ist in der Hauptsache auf die Verbesserung der Betriebsergebnisse in Buenos Aires sowie auf die günstige Gestaltung der argentinischen Währungslage zurückzuführen. Einschliesslich Gewinnsaldo aus dem Vorjahr stehen 40,24 (33,61) Mill. Papierpesos gestiegen.

Was sind „Sperrholz- und Sperrplatten-Koffer“?

Bisher wurde die Bezeichnung „Sperrholzkoffer“, „Sperrplattenkoffer“ recht unterschiedlich aufgefasst. Nachdem diese Meinungsverschiedenheit schliesslich zu Streitfällen führte, sahen sich die beteiligten Wirtschaftskreise veranlasst, den Reichsausschuss für Lieferbedingungen (RAL) beim Reichskuratorium für Wirtschaftlichkeit (RKW) als den Mittler und Förderer eines geregelten Leistungswettbewerbs aufzufordern. Begriffsbestimmungen festzulegen, die für die Zukunft Wettbewerbsstreitigkeiten einschliessen. Die Bemühungen des RAL zusammen mit den Vertretern der Erzeuger, Händler- und Verbraucherorganisationen einschliesslich der Behörden und der Wissenschaft haben zur Feststellung eines einheitlichen deutschen Handelsbrauches geführt. Die neuen Bezeichnungen „Begriffsbestimmungen“ und „Bezeichnungsvorschriften“ für

Der Weg zu besserer Handelspolitik Die letzten IHK-Gruppensitzungen

Die Beratungen der Gruppe Finanz, Industrie und Handel des Kongresses des IHK befassten sich in der Freitagvormittagsitzung mit den Fragen der Handelspolitik. Der Vorsitzende des Ausschusses Gino Olivetti (Italien) stellte fest, dass jetzt im Hinblick auf eine Verbesserung der Weltwirtschaftslage ihre Beratungen und Empfehlungen von den Regierungen einer praktischen Prüfung unterzogen werden würden. Bestrebungen eines Wirtschaftsnationalismus und einer Autarkie wären seiner Ansicht nach der Entwicklung des Internationalen Handels nicht unbändigt hinderlich.

Der polnische Delegierte Edmond Trepka unterstrich, dass gerade die Beratungen des Berliner Kongresses zu einer besseren Versärfnung und zur Durchführung einer konsequenten Politik zwischen rohstoffarmen und rohstoffreichen Ländern beigetragen hätten. Wenn man die Schranken des Welthandels beseitigen wolle, so müsse schriftweise geschehen. Die grossen Gläubigerländer müssten hier vorangehen. Der italienische Delegierte, Professor F. Carli, betonte, dass ein neues System einer besseren Handelspolitik nicht auf dem alten Produktionssystem aufgebaut werden könnte. Es müsse begründet werden auf ein Wirtschaftssystem, in dem der Staat die direkte Aufrechterhaltung des wirtschaftlichen Gleichgewichtes als wesentlichen Teil des politischen Gleichgewichtes habe. Alle Nationen müssten Zugang zu den Rohstoffen haben.

Der ehemalige Gouverneur der tschechoslowakischen Notenbank, Vilem Popisil, betonte, dass ein grosser Schritt in der Erkenntnis der Gründe der Weltkrise getan worden sei. Der französische Delegierte, Fougère, sah den Bilateralismus des Handelsverkehrs und die zu grosse Erhöhung der Zollschränke als Wurzel des Übels an. Durch häufige persönliche Kontakte soll man versuchen, diese Hindernisse zu beseitigen. Der französische Delegierte A. Altmann trat ebenfalls für einen Abbau der Zollschränke ein. Er würde begrissen, wenn auch andere Staaten sich der Oslo-Konvention anschliessen würden, wenn die Preferenzzölle abgebaut und die Meistbegünstigungsklausel aufrechterhalten und einheitlich durchgeführt würde. Der polnische Delegierte Battaglia betonte, man könne eine Rückkehr zum Wirtschaftsliberalismus nur dann verlangen, wenn man die Schulden beseitige, Kredite gebe und Märkte zum Export schaffe. Namens der deutschen Gruppe der IHK sprach Dr. Illiger. Dem Ziel der Empfehlung der IHK an die einzelnen Regierungen zur Beseitigung der Handelskrisen könnte auch vom deutschen Standpunkt aus durchaus zugestimmt werden. Die vorbereitende Resolution sei jedoch — wie bereits in den vorhergegangenen Reden, insbesondere des amerikanischen Delegierten, zum Ausdruck gekommen sei — insofern zu eng, als sie nur die Beseitigung der Krankheitssymptome empfiehle und zu wenig auf die wirklichen Ursachen der Weltkrise eingehe. Diese lägen hauptsächlich in den noch ungelösten Problemen einer wirklichen Währungsstabilisierung, in den Gläubiger-Schuldner-Beziehungen und in dem nicht für alle Völker gleichermaßen gesicherten Zugang zu den lebenswichtigen Rohstoffen. Der Abbau der bestehenden Handelskrisen und die Wiederausweitung des Welthandels könne nur im Zuge einer befriedigenden Lösung dieser drei wichtigsten Voraussetzungen gefunden werden.

Telegraphenverkehr — Gewerblicher Rechtsschutz

In der Sitzung der Gruppe Internationaler Telegraphenverkehr, die unter dem Vorsitz von E. van Rompa (Belgien) stattfand, standen verschiedene Abänderungsvorschläge, die anlässlich der im Februar 1938 in Kairo stattfindenden Konferenz erledigt werden sollten, zur Diskussion an. Es wurde eine Entschliessung angenommen, wonach die Telegrammkosten unverändert beibehalten werden sollten. Der Internationale Untersuchungsausschuss für die Telegrafie war durch die Herren G. Gneme (Italien) und Feuerhahn (Deutschland) vertreten.

Unter dem Vorsitz von Charles A. Carroll wurden auf einer weiteren Gruppensitzung vier Entschliessungsentwürfe angenommen, die darauf hinzuweisen, die Bestimmungen des Pariser Verbandsabkommen zum Schutz des gewerblichen Eigentums, sowie deren Verbesserung durch die Londoner Konferenz von 1934 teilweise noch wirksamer zu gestalten und ihre allgemeine Anwendung weiterhin zu fördern.

Internationale Werberechte

Der Werbungsausschuss befasste sich unter dem Vorsitz von F. P. Bishop (Großbritannien) und Dr. Reichert (Deutschland) mit dem der Kommission vorgelegten Entwurf von Richtlinien für die Ausübung der Werbung. Dieser Entwurf ist aufgestellt worden, um auch auf internationale Gebiete die Regeln zur Anwendung zu bringen, die bereits in einigen Ländern in Geltung sind. Der Entwurf sieht die Einrichtung eines internationalen Werbungsausschusses innerhalb der IHK vor, der die Durchführung dieser Bestimmungen zu überwachen hätte. Es wurde bestont, dass es sich bei dem Entwurf nicht um einen juristischen Vorschlag handele, der etwa in die nationale oder die internationale Gesetzgebung aufzunehmen sei. Sein Zweck sei lediglich, unfaire Geschäftsmethoden durch die Aufstellung gewisser Grundsätze zu verhindern. Alle am Kongress beteiligten Staaten hätten sich befürwortet in dieser Richtung ausgesprochen.

Unter Leitung von Roman Kuratowski wurden Vorschläge zur Vereinfachung der Förmlichkeiten besprochen, die in den einzelnen Ländern bei der Legalisierung von Urkunden zur Vorlage vor Gericht oder vor Behörden vorgeschrieben sind. Es wurde eine Entschliessung angenommen, die auf Vorschlag des deutschen Vertreters, Dr. Schwarz, dahin erweitert wurde, dass es nach Ansicht der IHK ungerechtfertigt ist, eine Legalisierung von ausländischen Urkunden ausnahmslos zu fordern.

Bekanntmachung über die Auskunftsplikte der Düngemittelverteiler. Der Reichsbauerführer hat durch eine im „Reichsanzeiger“ vom 2. Juli 1937 veröffentlichte Bekanntmachung vom 30. Juni 1937 folgendes bestimmt: Verteiler (Händler, Genossenschaften und sonstige Unternehmen), die sich mit dem Absatz von Handelsdüngemitteln (sogen. künstlichem Dünge einschl. Kalk) an Verbraucher befassen, haben jeweils bis zum 1. August eines jeden Jahres die im Laufe eines landwirtschaftlichen Wirtschaftsjahrs (1. Juli bis 30. Juni) an Bauern und Landwirte gelieferten Düngemittelmengen nach Betrieben gesondert dem Kreisbauerführer zu melden, der für den beliebten Betrieb zuständig ist. Lieferungen an Betriebe, für die keine Hofkarte ausgestellt ist, unterliegen nicht der Meldepflicht. Die Meldung hat erstmalig zum 1. August 1938 auf einen Vordruck zu erfolgen der den Auskunftsplikten in den nächsten Wochen als Muster zugestellt wird. Die zum Reichsnährstand gehörigen privaten Verteiler haben die von ihnen benötigten Vordrucke bei der zuständigen Landesfachstelle Getreide, Futter- und Düngemittelverteiler, die Genossenschaften bei ihrer Hauptgenossenschaft und bei ihrem Genossenschaftsverband anzufordern, die übrigen bei der Fachgruppe Kunstdünger der Wirtschaftsgruppe Gross-, Ein- und Ausfuhr-Handel. Zu widerhandlungen gegen diese Bestimmungen werden bestraft. Die Bekanntmachung tritt mit dem Tage der Verkündung in Kraft.

Umwandlung der Schokoladenfabrik Berger. Die mit einem Stammkapital von 1,16 Mill. R.M. ausgestattete Schokoladen-, Zuckerwaren- und Lebkuchenfabrik Robert Berger GmbH in Pößneck (Thür.) hat auf Beschluss einer Gesellschafterversammlung ihr Vermögen im Wege der Umwandlung auf die neu errichtete Kommanditgesellschaft Robert Berger in Pößneck übertragen. Persönlich haftende Gesellschafter sind die Fabrikbesitzer Erwin Rebling und Curt Haeusler in Pößneck.

Fragen an Mülheimer Berg

Das Verhältnis zu Welheim / Atlas-Vertreter im Aufsichtsrat

ESSEN, 2. Juli.

In der Hauptversammlung des Mülheimer Bergwerksvereins führte der Vorsitzende Hugo Stinnes in Beantwortung einer Reihe von Fragen des Rechtsanwalts Dr. Etzel (Duisburg) u. a. aus: Die Verminderung des Umsatzes gegenüber den Jahren 1928 und 1929 erkläre sich zum Teil aus der starken Erhöhung der Syndikatsumlage seit diesen Jahren. Für die Förderung der Gewerkschaft Matthias Stinnes aus dem Felde Welheim erhalte der Mülheimer Bergwerksverein einmal eine Entschädigung nach Syndikatsgrundsätzen und eine Vergütung, die je Tonne wesentlich über dem Buchwert der Gerechtsame liege. Weiter trage Mathias Stinnes die Kosten des Abbaus auf dem Grubenfelde Welheim. Für die Zeche Welheim seien im vergangenen Jahre keine Abschreibungen vorgenommen worden. Der Durchschnittserlös beim Mülheimer Bergwerksverein betrage rund 11 RM je Tonne. Gegenüber der Bemängelung, dass die Abschreibungen zu hoch seien, bat der Vorsitzende an den Abschreibungen festzuhalten und wies auf die grossen Aufgaben im Rahmen des Vierjahresplanes hin.

Die alten Opponenten

Die Beantwortung einer Reihe von Einzelfragen wurde von der Verwaltung als nicht im Interesse der Gesellschaft liegend bezeichnet. Die Versammlung erklärte sich auf Anfrage gegen 34 Stimmen zweier Aktionäre mit der Fragebeantwortung durch die Verwaltung einverstanden. Aktionär Hennes (Mülheim) gab gegen diesen Beschluss Protest zu Protokoll. Der Beschluss wurde darauf gegen 30 Stimmen des Aktionärs Hennes und bei vier Stimmabstimmungen des Rechtsanwalts Etzel genehmigt. Hennes gab gegen diesen Beschluss Protest zu Protokoll. Mit einem ähnlichen Stimmverhältnis wurde der Verwaltung Entlastung erteilt. Die Dividende wurde bei 30 Stimmabstimmungen auf 6% festgesetzt und ist ab Montag zahlbar.

In den Aufsichtsrat wurde neu gewählt: Direktor Röcken, Leiter der Gewerkschaften Diergardt-Meissen, Direktor Dr. Kimmich, Vorstandmitglied der DD-Bank sowie drei Verwaltungsmitglieder der Atlas-Werke in Bremen, nämlich die Herren Lindemann, Noltenius und Plaun. Zur Wahl der letzten drei teilte der Vorsitzende mit, dass zwischen der Interessengemeinschaft Matthias Stinnes

Mülheimer Bergwerksverein und den Atlas-Werken eine engere Geschäftsbündnis entstanden sei, was mit Lieferungen der Atlas-Werke zusammenhängt. Andererseits seien von der Interessengemeinschaft Matthias Stinnes – Mülheimer Bergwerksverein Vertreter in den Aufsichtsrat der Atlas-Werke gewählt worden. Die Zahl der Aufsichtsratsmitglieder wurde auf 18 festgesetzt.

Konservative Bilanzierung

Zur Geschäftslage wurde mitgeteilt: Die Entwicklung im laufenden Jahr sei bisher nicht unbefriedigend und die Ergebnisse seien gleichfalls nicht schlechter als in der gleichen Zeit des Vorjahrs. Das Unternehmen sei voll beschäftigt, und man habe allen Grund anzunehmen, dass man auch für den Rest des Jahres vollbeschäftigt sein werde. Die Nachfrage nach Kohle habe in der ganzen Welt stark zugenommen, und die Aussichten nach dieser Richtung seien nicht ungünstig. Andererseits dürfe man nicht vergessen, dass bezüglich der Veredelung der Kohle sehr grosse Aufgaben gestellt seien. Man habe Hoffnung, diese Probleme positiv lösen zu können, dürfe jedoch nicht vergessen, dass die Lösung grosse Anforderungen stelle. Aus diesem Grunde sei die Verwaltung der Ansicht, ganz konservativ sein zu müssen, um nicht eines Tages etwa mit unangenehmen Überraschungen vor die Hauptversammlung treten zu müssen.

(BT) Sechs Abbau-Pachtverträge bei Carolus Magnus. Die Gewerkschaftsversammlung der Gewerkschaft des Steinkohlenbergwerks Carolus Magnus in Essen beschloss die Verteilung einer Ausbeute von 50 RM je Kux. Weiter genehmigte die Versammlung sechs Abbau-Pachtverträge. Zwei Verträge betreffen den Abbau von Feldsteinen von Carolus Magnus durch König-Wilhelm und Hoesch-König-Neuessen, die vier anderen den Abbau von im Felde von König Wilhelm anstehender Kohle durch die Gewerkschaft Carolus Magnus. Die Massnahmen werden für beide Teile als wichtig und betriebswissentlich angesehen. Auf die Anfrage eines Gewerken, ob angesichts der im neuen Jahre gestiegenen Förderung mit der Verteilung einer Ausbeute für das erste Semester zu rechnen sei, erklärte der Vorsitzende, darüber lasse sich noch nichts Abschließendes sagen. Soweit die Ergebnisse des laufenden Jahres bisher zahlenmäßig feststanden, seien die nicht schlechter als für die gleiche Zeit des vergangenen Jahres.

Gross-Reedereien an der Schwelle der Rentabilität

Von unserem Wirtschaftskorrespondenten

© HAMBURG, 29. Juni.

Die Ansprache, die der Vorsitzende des Aufsichtsrats der Hamburg-Amerika-Linie, Staatsrat Helfferich, vor den Aktionären der Gesellschaft hielt, war in mehrfacher Hinsicht von besonderer Bedeutung. Die Lage der deutschen Seeschifffahrt, insbesondere der Linien-Reederei, wurde darin mit voller Offenheit dargelegt, und bei allem Optimismus, der sich aus der Besserung des Gesamtgeschäfts und der Belebung der Weltwirtschaft mit Recht ergab, klangen die Sorgen deutlich durch, die in den Erwägungen unserer Schiffahrtsführer gegenwärtig eine Rolle spielen. Die Linienfahrt ist bekanntlich zunächst nur sehr zögernd der allgemeinen Frachtenentwicklung gefolgt. Kürzlich hat die Nord-Atlantik-Konferenz eine bescheidene Raten erhöhung vorgenommen, wobei es sich im wesentlichen aber nur um einen Ausgleich der Winter- und Sommerraten handelte. Für eine grosse Passagiereederei ist es ungleich schwerer, eine schneller funktionierende Ratenangleichungspolitik zu führen als etwa für eine Frachtreederei, wie es in der Hauptsache z. B. die Hamburg Süd ist. Das Linienfrachtgeschäft ist aber in der letzten Zeit mit steigendem Tempo der Raten erhöhungswelle auf den allgemeinen Trampfrahmen-Märkten gefolgt. In dieser Hinsicht ist z. B. der soeben bekannt gewordene Abschluss der La-Plata-Konferenz charakteristisch, wonach die gegenwärtigen Frachtraten überhaupt noch bis Ende September in Kraft bleiben sollen und dann eine generelle Erhöhung erwartet werden muss.

Der Zwang zur Qualitätsleistung

Eine Gross-Reederei, wie die Hapag, wird indessen ebenso wie ihre hauptsächlichsten Wettbewerber weniger durch Raten erhöhung als durch Qualitätsleistungen Geschäfte machen müssen, und in dieser Hinsicht gewinnt das vom Aufsichtsratsvorsitzenden der Gesellschaft umrissene Neubauproblem eine

höchst aktuelle Bedeutung. Zum erstenmal ist von ihm öffentlich bekanntgegeben worden, dass der Nordatlantik-Dienst der Hamburg-Amerika-Linie erneuert werden wird, und dass man in den Konstruktionszimmern, den Frachtabteilungen und Finanzabteilungen noch um die endgültige Form des zu wählenden Schiffstyps ringt. Der Bau von grossen Nordatlantikschiffen, die also dazu bestimmt sind, die vier Einheiten der jetzigen Hansaklasse allmählich zu ersetzen, beansprucht natürlich einen gewaltigen Aufwand von Mitteln. Denn es wird sich voraussichtlich um Schiffe handeln, die mindestens zwischen 30 000 und 40 000 to gross sind und in ihrer eigenartigen Konstruktion eine vollendete Kombination schnellfahrender Passagier- und Frachtschiffe darstellen. Dass dabei Staatsrat Helfferich es wiederum mit Nachdruck abgelehnt hat, einen Rekordkampf auf dem Nordatlantik anzustreben (etwa in der Jagd nach dem „Blauen Band“), zeugt von der kühlen Einsicht in die wirtschaftlichen Notwendigkeiten, die derartigen Bestrebungen eine bestimmte Grenze setzen.

Zusammenfassend kann man den Eindruck der Helfferischen Ausführungen dahin charakterisieren, dass sie eine besonders verantwortungsschwere Periode der deutschen Gross-Schiffahrt ankündigen. Es geht den Reedereien etwas besser, aber nur mühsam wird das Fundament der neuen Rentabilität erreicht. Dieser Zeitpunkt trifft zusammen mit der unbedingten Notwendigkeit, das solange zurückgestellte Neubauprogramm mit verdoppelten Kräften durchzuführen. So ergeben sich für die Reedereiführung Aufgaben von grosser Tragweite.

© Uebernahme der Verkehrs-A.-G. Altona durch die Hamburger Hochbahn A.-G. Unser Hamburger Wirtschaftskorrespondent meldet: In Durchführung des Gross-Hamburg-Gesetzes wird auch die bisher durch die Grenzziehung immer wieder gehemmte Verkehrseinheit im Unterelbe Raum sichergestellt. Wie verlautet, wird am 1. Oktober die bisherige Verkehrs-A.-G. Altona von der Hamburger Hochbahn A.-G. übernommen. Schon seit den preussisch-hamburgerischen Staatsverträgen von 1928 besass Hamburg an sich das Recht, in einem Umkreis von 30 Kilometern um das Hamburger Rathaus Kraftverkehrslinien zu unterhalten, doch konnte dieses Recht infolge der ungelöst gebliebenen Grenzfragen nicht ausgenutzt werden.

Satzungsänderungen, die vorwiegend durch das am 1. Oktober 1937 in Kraft tretende neue Aktienrecht bedingt sind. Der Vorsitzende des Aufsichtsrats führte zum Geschäftsgang im laufenden Jahre u. a. aus, dass in der Lebensversicherung auch weiterhin eine befriedigende Entwicklung zu beobachten sei. Insbesondere weise das deutsche Grosslebensgeschäft einen gesteigerten Neuzugang auf. Eine erfreuliche Geschäftszunahme im Verhältnis zum Vorjahr zeigen auch alle Sachversicherungszeuge. Beträchtlich habe sich insbesondere das Kraftfahrzeuggeschäft erhöht, wobei zu hoffen bleibe, dass der Schadensverlauf sich weiter bessern und nicht mehr im bisherigen Ausmass das geschäftliche Endergebnis dieses Werbeerfolgs ungünstig beeinflussen werde.

Leopoldgrube voll beschäftigt. Die Hauptversammlung der Grube Leopold A.-G., Bitterfeld, genehmigte den bekannten Abschluss per 31. Dezember 1936 und beschloss, aus 0,504 Mill. RM Reingewinn 5% Dividende zu verteilen und 0,147 Mill. RM auf neue Rechnung vorzutragen. Aus dem Aufsichtsrat der Gesellschaft scheidet Direktor Alfred Busch, Mitglied des Vorstandes der Dresdner Bank, aus. An seiner Stelle wurde Direktor Hans Renn, Dresdner Bank, Berlin, neu gewählt. Der Absatz aller Fabrikate hat sich, wie mitgeteilt wurde, in den ersten Monaten des Geschäftsjahrs 1937 weiter günstig entwickelt. Die Beziehe sind voll beschäftigt.

5%ige Anleihe des Deutschen Reichs von 1927 — Auslösung 9. August. Die Auslösung der am 1. Februar 1938 zum Nennwert einzulösenden Schulverschreibungen und Schuldbuchforderungen der 5%igen Anleihe des Deutschen Reichs von 1927 findet Montag, den 9. August 1937, von vormittags 9 Uhr an öffentlich im Dienstgebäude der Reichsschuldenverwaltung, Oranienstrasse 106/109, statt.

Ferrostaal A.-G., Essen — Zufriedenstellende Geschäftsentwicklung. Die Hauptversammlung der Ferrostaal A.-G., Essen, dieser zur Gruppe Gutehoffnungshütte gehörenden Handelsgesellschaft, genehmigte den Abschluss für das Geschäftsjahr 1936 und beschloss, aus dem einschliesslich Vortrag sich ergebenden Reingewinn von 1 057 000 (808 150) RM 400 000 RM zur Stärkung der Rücklagen zu benutzen und den Rest an die Aktionäre aufzuteilen (i. V. wurde eine Dividende von 6% verteilt). Die Bilanz verzeichnet einen Zugang des Anlagevermögens um 60 000 RM, während die Beteiligungen durch Übernahme der gesamten Aktien der Ferrostaal N. V., Den Haag, um 2 114 000 RM (i. V. Bilanzwert 0,51 Mill. RM) gestiegen sind. Das Umlaufvermögen weist eine Steigerung hauptsächlich durch einige grössere Anzahlungen aus. Den gestiegenen Vermögenswerten steht zum kleinen Teil eine Zunahme der Verbindlichkeiten, im übrigen eine Erhöhung der Rückstellungen gegenüber. Letztere sind grösstenteils in Verbindung mit Abwertungsgewinnen erforderlich geworden und enthalten auch einen Betrag von 0,10 Mill. RM für Wohlfahrtszwecke.

Aenderung von Ausfuhrverboten. Durch Verordnung des Reichswirtschaftsministers vom 28. Juni 1937 (Reichsanzeiger Nr. 147 vom 30. Juni 1937) ist das Ausfuhrverbot für Magnesium und Legierungen aus der statistischen Nr. 869 A 6 aufgehoben worden. Die sonstigen in der Verordnung enthaltenen Aenderungen sind durch Aenderungen des statistischen Warenverzeichnisses veranlasst.

Förderung des Oelsaaten-Anbaus nach den Grundsätzen der Vorjahre

Die planmässige Förderung, die die Reichsregierung zur Sicherstellung der Fettversorgung des deutschen Volkes dem deutschen Oelsaatenanbau in den Vorjahren hat zuteil werden lassen, wird im gleichen Rahmen auch in diesem Erntejahr fortgesetzt. Dabei beträgt der den Anbauern von Raps und Rüben zu zahlende Preis wie bisher 32 RM je Doppelzentner. Für Leinsaat ist der Preis gegenüber 26 RM im vorigen Erntejahr mit Zustimmung des Reichskommissars für die Preisbildung auf 32 RM je Doppelzentner erhöht worden. Diese Preise sind Festpreise.

Die RIG wird weiterhin den Oelmühlen, die diese Waren zur Verarbeitung aufnehmen, eine Ausgleichsvergütung gewähren, auf Grund deren die Oelmühlen in der Lage sein werden, die genannten Festpreise zu zahlen. Den Anbauern von Raps, Rüben- und Leinsaat, die ihre Oelsaaten zur Verarbeitung auf Oel verkaufen, wird ebenso wie im vorigen Erntejahr ein Vorkaufsrecht für die bei der Verarbeitung dieser Saaten anfallenden Oelkuchen zum jeweils geltenden Preise eingeräumt. Raps-, Rüben-, Lein- und Mohnsaat deutscher Erzeugung, die im Lohnvertrag für den eigenen Verbrauch des Anbauers geschlagen werden, werden wieder in die Vergünstigungsmassnahmen einbezogen werden. Für das aus diesen Saaten im Lohnschlag anfallende Oel wird eine Ausgleichsvergütung gewährt, die die Oelmühle in die Lage versetzt, dem Anbauer das Oel, abgesehen vom reinen Schlaglohn, frei von allen übrigen Zuschlägen — einschließlich der Umsatzsteuer — zu liefern. Darüber hinaus werden die bei der Verarbeitung dieser Saaten im Lohnvertrag anfallenden Oelkuchen von der Monopolabgabe freigestellt.

Wie im vorigen Erntejahr, dürfen Raps-, Rüben- und Leinsaat auch aus der diesjährigen Ernte für andere Zwecke als für die Oelgewinnung und für Saatzwecke nur in den Verkehr gebracht werden, wenn sie hierfür von der Reichssteile für Getreide ausdrücklich freigegeben worden sind. Die Anbauer von Leinsaat, die die Leinsaat für Saatzwecke abliefern, erhalten auf Wunsch auch in diesem Erntejahr die gleiche Menge Leinkuchen zum jeweiligen geltenden Preis.

Die Reichsregierung wird durch Bereitstellung von Mitteln die Oelmühlen auch im Erntejahr 1938 in die Lage versetzen, dem Anbauer von Lein-, Raps- und Rübenarten hierfür wie bisher angemessene Preise zu zahlen. Darüber hinaus werden im nächsten Jahr die Anbauer von Oelsaaten wieder Möglichkeit haben, die bei der Verarbeitung dieser Saaten anfallenden Oelkuchen zurückzukaufen. Ferner werden die Anbauer von Lein-, Raps-, Rüben- und Mohnsaat, die diese Saaten im Lohnvertrag schlagen lassen, im Erntejahr 1938 die gleichen Vergünstigungen wie im laufenden Jahr erhalten. Damit ist die Preisentwicklung für Oelsaaten auch aus der Ernte 1938 sichergestellt.

(BT) Westfalia-Dianendahl — Ausgabekurs der neuen Aktien: 115%. Die Hauptversammlung der Westfalia-Dianendahl-Gröpel A.-G. in Bochum setzte die sofort zahlbare Dividende auf 6% fest und beschloss die Erhöhung des Aktienkapitals um 1 Mill. RM ab 1. Januar 1937 dividendenberechtigter Stammaktien auf 2 605 000 RM. Die neuen Aktien werden von einem Bankenkonsortium bestehend aus der Dresdner Bank, der DD-Bank und der Westfalen-Bank übernommen und den Aktionären zum Kurs von 115% in der Weise angeboten, dass auf 500 RM alte 300 RM neue Aktien bezogen werden können. Die Durchführung der Kapitalerhöhung ist bis zum 31. August 1937 begrenzt. Die Kapitalerhöhung wurde mit der Massgabe begründet, die bisher unverhältnismässig geringen eigenen Mittel zum erhöhten Umsatz und zum Wert des Anlagevermögens in ein besseres Verhältnis zu bringen. Zur Geschäftslage wurde mitgeteilt, dass der günstige Beschaffungsgrad bisher unverändert angehalten habe. Der Auftragsgegenstand der ersten fünf Monate übersteige sogar den des Vorjahres, der den bisher zu verzeichnenden Höchststand gebracht habe, nicht unbedeutlich. Der Erlös aus den Auslandslieferungen sei immer noch unzureichend. Bei der Beurteilung der Inlandspreise sei zu berücksichtigen, dass durch die zurzeit gegebenen Verhältnisse doch eine Reihe kostenverändernder Faktoren eingetreten sei, die man nicht ausgleichen könne; ganz abgesehen davon, dass heute im Bau von Grossanlagen auch stets und überall Risiken sowohl in technischer wie in materieller Hinsicht vorhanden seien. Der in seiner Gesamtheit ausscheidende Aufsichtsrat wurde wiedergewählt bis auf Bergwerksdirektor Drost, der von einer Wiederwahl abzusehen bat in Zusammenhang mit dem Aktienrecht.

Dr. Paul Meyer — Die Bilanz nach der AEG-Sanierung. Die Hauptversammlung der Dr. Paul Meyer A.-G., Berlin (AEG-Konzern), genehmigte den Abschluss per 31. Dezember 1936, der einen Reinverlust von 56 092 RM ausweist, wovon 40 000 RM dem Reservefonds zugewiesen und 16 092 RM auf neue Rechnung vorgetragen werden. Den freien Aktionären der Gesellschaft wird von der AEG wiederum eine Verzinsung von 6% gewährt. In der Bilanz erscheinen Beteiligungen mit unverändert 3,1 Mill. RM; einem Umlaufvermögen von 0,382 (i. V. 7,26) Mill. RM, darunter 0,311 (7,22) Mill. RM Konzernforderungen stehen insgesamt 0,257 (7,20) Mill. RM Verbindlichkeiten, darunter u. a. 0,15 Mill. RM Hypotheken und 0,1 (7,04) Mill. RM Bankschulden gegenüber. Es liegen nämlich Bankschulden der AEG über die Dr. Paul Meyer A.-G.; diese Schulden sind bei der Sanierung der AEG zur Erledigung gekommen.

Der Maizugang in der privaten Lebensversicherung. Die Hauptversammlung der Dr. Paul Meyer A.-G., Berlin (AEG-Konzern), genehmigte den Abschluss per 31. Dezember 1936, der einen Reinverlust von 56 092 RM ausweist, wovon 40 000 RM dem Reservefonds zugewiesen und 16 092 RM auf neue Rechnung vorgetragen werden. Den freien Aktionären der Gesellschaft wird von der AEG wiederum eine Verzinsung von 6% gewährt. In der Bilanz erscheinen Beteiligungen mit unverändert 3,1 Mill. RM; einem Umlaufvermögen von 0,382 (i. V. 7,26) Mill. RM, darunter 0,311 (7,22) Mill. RM Konzernforderungen stehen insgesamt 0,257 (7,20) Mill. RM Verbindlichkeiten, darunter u. a. 0,15 Mill. RM Hypotheken und 0,1 (7,04) Mill. RM Bankschulden gegenüber. Es liegen nämlich Bankschulden der AEG zur Erledigung gekommen.

Der Maizugang in der privaten Lebensversicherung. Die dem bisherigen Verband Deutscher Lebensversicherungsgesellschaften, jetzt Fachgruppe Lebensversicherung der Wirtschaftsgruppe Privatversicherung, angehörende privaten Lebensversicherungsunternehmungen haben im Monat Mai einen Zugang von 185 571 879 RM neu abgeschlossener Lebensversicherungen. Davon entfallen 28 978 Versicherungen mit 110,27 Mill. RM auf Grossleben, 121 202 Versicherungen mit 52,44 Mill. RM auf Kleinleben und 48 450 versicherte Personen mit 23 Mill. RM auf Gruppenversicherung.

Trapp & Münch A.-G., Dresden. — Sanierung genehmigt. Dividende in Aussicht. Die ordentliche Hauptversammlung dieser Fabrik photographischer Papiere genehmigte den dividendenlosen Abschluss und die Zusammenlegung der Aktien im Verhältnis von 5:4, wobei der Buchwert zu Sonderabschreibungen auf den Friedberger Besitz dient. Nur zwei Kleinaktionäre widersprachen. Die Verwaltung berichtete über weiter befriedigende Geschäftsgang im neuen Jahr und stellt die Wiederaufnahme der Dividendenzahlung in Aussicht.

Der Güterverkehr über die deutschen Seehäfen im ersten Vierteljahr 1937 — Auslandsverkehr gestiegen. Im Güterverkehr über die deutschen Seehäfen ist zum ersten Male seit 1933 ein Rückgang zu verzeichnen, der jedoch ausschliesslich auf den Güterverkehr der deutschen Seehäfen untereinander, also auf den Inlandsverkehr, entfällt. Der Inlandsverkehr der deutschen Seehäfen steht dagegen im ersten Viertel des laufenden Jahres gegenüber den ersten drei Monaten des Jahres 1936 um rund 530 000 to zugenommen, während im Inlandsverkehr ein Rückgang von 1 210 000 to zu verzeichnen ist. Danach ist der Gesamtverkehr der deutschen Seehäfen um 680 000 to im ersten Quartal 1937 gegenüber dem gleichen Zeitraum 1936 zurückgegangen. Von den drei grossen deutschen Nordseehäfen steht Hamburg mit einer Steigerung des Warenumschlags von 511 000 to an der Spitze, es folgt Bremen an zweiter Stelle mit einem Mehr von 141 000 to, während Emden infolge der Störungen durch die Bauarbeiten am Dortmund-Ems-Kanal einen Verlust von 712 000 to gegen 1936 aufzuweisen hat.

Tagung der Gas- und Wasserfachmänner in Frankfurt am Main. Die Bezirksgruppen der Wirtschaftsgruppe Gas- und Wasserversorgung und die Vereinsbezirke des Deutschen Vereins von Gas- und Wasserfachmännern Baden/Saar-Pfalz und Hessen halten ihre Hauptversammlung und gemeinsame Arbeitstagung am 2. und 3. Juli dieses Jahres in Frankfurt am Main ab. Es sind unter anderem Vorträge von Professor Dr. Bunte (Karlsruhe) über „Neue Verfahren und Wirtschaftlichkeit der Benzolgewinnung“, von Dr. Lorenzen (Bochum) über „Totuolgewinnung in Gaswerken“ und „Phenolgewinnung in Gaswerken“, von Dr. Siecke (Frankfurt a. M.) über „Schwefelsäuregewinnung in Gaswerken“ sowie von Baurat Beckmann (Hamburg) über „Fortschritte der Gasstrassenbeleuchtung“ vorgesehen.

213. Bayerische Zentral-Hilfe und Fellauktion in Nürnberg. Für die am 7. Juli in Nürnberg stattfindende Versteigerung des bayerischen Gefäßes haben die 19 bayerischen Verwertungsplätze insgesamt 27 181 (im Vormonat: 22 748) Grossviehhaute, 278 (230) Rosshäute, 45 711 (35 405) Kalbfelle, 81 (73) Fresserfelle und 1762 (1403) Schaffelle angemeldet.

DER AUTOSPORT

Berliner Tageblatt / Morgen-Ausgabe

Nr. 309 * Sonnabend, 3. Juli 1937

Deutsche Fahrer beim Vanderbilt-Pokal

Die kurze Rennstrecke stellt höchste Anforderungen an die Teilnehmer

Das Rennen um den Vanderbilt-Pokal, der am Sonnabend auf der Roosevelt-Bahn umkämpft wird, ist für den deutschen Kraftfahrsport von besonderer Bedeutung. Zum ersten Male nach Beendigung des Krieges gehen deutsche Fahrer auf deutschen Wagen in den Vereinigten Staaten an den Start.

Die Auto-Union mit Bernd Rosemeyer und v. Delius, Mercedes-Benz mit Caracciola und dem Engländer Seaman am Steuer haben von dem Augenblick an, in dem sie die erste Trainingsrunde fahren, einen vorzüglichen Eindruck gemacht und das Interesse der sportbegeisterten Amerikaner an diesem Autorennen beträchtlich gesteigert. Rosemeyer auf Auto-Union war der erste, der Rundenzeiten erreichte, die auf dieser Bahn bisher unbekannt waren: Mit einer Höchstgeschwindigkeit von 252,8 Stundenkilometer auf der Geraden erreichte er einen Rundendurchschnitt von fast 139 Stundenkilometer. Diese Leistung wurde am Donnerstag, als sämtliche Fahrer ihre Pflichtrunden zu fahren hatten, von Caracciola auf Mercedes-Benz noch gesteigert, indem er für die schnellste Runde mit 142,5 Stundenkilometer gestoppt wurde.

Als Folge dieser Geschwindigkeiten haben die deutschen Fahrer günstige Startplätze erhalten, und zwar steht Caracciola vor Rosemeyer und Seaman, die sich wiederum vor dem Vorjahrsieger Nuvolari auf Alfa-Romeo plazieren konnten. Ein guter Startplatz ist für das Rennen, das über 483 Kilometer führt, von besonderer Bedeutung, weil die Bahn verhältnismäßig schnell ist, so dass ein Überholen grosse Schwierigkeiten bereitet. Große Anforderungen stellen aber auch die Kurven, von denen insgesamt sieben in die 5,3 Kilometer lange Strecke eingebaut sind. Ein Vergleich mit den Zeiten Nuvolaris, der im vorigen Jahre einen Durchschnitt von 106 Stundenkilometer fuhr, wird dadurch erschwert, dass die Bahn inzwischen umgebaut worden ist.

Der Vanderbilt-Pokal ist eine mannshohe Trophäe, die auch schon in der Vorkriegszeit in Amerika ausfahren wurde. Bis vor zwei Jahren durften allerdings nur Amerikaner an diesem Rennen teilnehmen, wenn es ihnen auch erlaubt war, andere als amerikanische Wagen zu benutzen. Dadurch konnte Mercedes-Benz schon in den Jahren 1912 und 1914 mit dem damals berühmten Rennfahrer Ralph de Palma den Pokal gewinnen.

Dreikampf im Bremgartenwald

Europa-Preis der Motorräder in Bern

Auf den 7,3 Kilometer langen Rundstrecke im Bremgartenwald bei Bern beginnt am Sonnabend das Rennen um den Grossen Preis von Europa, die wichtigste Veranstaltung des Jahres für den europäischen Motorradsport. Die Bedeutung dieser Veranstaltung geht schon daraus hervor, dass über 100 Nennungen für die Kämpfe in den verschiedenen Klassen eingegangen sind.

Die Einleitung bringt das Rennen der 350-cm-Maschinen, die am Sonnabend 45 Runden = 328 Kilometer zu fahren haben. Die deutsche Industrie ist in dieser Klasse nicht vertreten; jedoch starten einige deutsche Fahrer auf ausländischen Maschinen, darunter Ahlswede, Hamelehn, in der Elst und Kohlflink, sämtlich auf Norton. Ihre Gegner sind u. a. der Vorjahrsieger Frith sowie Guthrie, ebenfalls auf Norton, ferner der Schweizer Kaufmann (NSU) und Mellors, der eine Velocette fährt.

In der Klasse der 250er, die am Sonntag 291 Kilometer zurückzulegen haben, hat die Auto-Union mit ihren schnellen DKW's gute Aussichten auf die ersten Plätze. W. Winkler, Kluge und Petruschke, die beim letzten Avus-Rennen eine Spitzengruppe für sich bildeten, werden den TT-Siegern Tenni und Stanley Woods auf Guzzi das Leben bestimmt nicht leicht machen. Das gleiche gilt auch von Gall und Ley, die ihre 500er BMW über 45 Runden zusammen mit Mansfeld, Bodmer und Herz auf DKW gegen Fahrer bester ausländischer Klasse schon mehr als einmal

zum Sieg steuern könnten. Neben Tenni, Woods gehen hier Guthrie und Frith ebenfalls an den Start, ferner noch die Italiener Aldrighetti und Taruffi auf Gilera.

Auch die Seitenwagenrennen haben mit zwölf Maschinen in der 600er Klasse und mit vierzehn Gespannen in der grossen Klasse eine ausgezeichnete Besetzung aufzuweisen. Für die Auto-Union-DKW fahren Braun, Kahrmann und Schumann, ferner Zimmermann und Stärkle auf NSU sowie Brinkmann auf BMW; auch Weyres mit seiner Harley Davidson ist mit von der Partie.

Bei dem Training gab es verschiedentlich neue Rundenrekorde. So legte Ley auf BMW die Rundstrecke als erster unter drei Minuten zurück, was einer Geschwindigkeit von 146,2 km/h entspricht. Bei den 250ern hinterliessen die Guzzi einen ausgezeichneten Eindruck und schafften 129,7 km/h, während die DKW-Maschinen noch nicht voll ausgefahren wurden.

Rückwärtsfahrt vereinfacht Verlängerte Stoßstange schützt vor Schaden

Auch für den geübten Kraftfahrer ist es nicht immer ganz einfach, rückwärts in eine Lücke parkender Wagen oder in eine freie Garage einzufahren. Der Rückspiegel zeigt ja nicht alles das, was sich unmittelbar hinter dem Wagen befindet, und der Ausblick nach hinten durch das kleine Fenster in der Rückwand geschlossener Wagen reicht auch nicht immer aus. Ins-

besondere die Fahrer von Nutzfahrzeugen sind meist genötigt, seitlich zur Tür hinauszuschauen, um die rückwärtige Fahrbahn zu überblicken. Nur allzu häufig gab es infolge dieser Mängel kleine Zusammenstöße, die mit Auseinandersetzungen, Verhandlungen mit den Versicherungen und Schadenersatzzahlungen endeten.

Diese Unannehmlichkeiten beim Zurückfahren werden durch eine neuartige Vorrichtung gemildert. Sie besteht aus einer leichten Stange, deren Form genau der Stoßstange angepasst werden kann und die vom Führersitz aus durch eine scherenartige Einrichtung um 30 bis 50 Zentimeter nach hinten herausgesteckt wird. Diese leichte Stange steht mit einer Summervorrichtung am Führersitz in Verbindung, und schon bei der leisensten Berührung der nachgiebigen Stange mit einem Hindernis warnt der Summerton den Fahrer, dass er sofort anhalten und dadurch die Beschädigung anderer Wagen oder Personen verhindern kann. Die Vorrichtung lässt sich leicht an jedem Wagen anbringen.

Blick ins Schrifttum

Wie arbeitet ein Signalhorn? Dieser kleine Artikel in „Motor und Sport“ gibt eine sehr klare Darstellung über diesen wichtigen Teil des Kraftwagens. — E. Voigt, der an der englischen TT teilgenommen hat, zieht die technischen Lehren aus diesem schweren Wettbewerb. — Bericht über den Grossen Preis von Holland, an dem deutsche Fahrer mit so grossem Erfolg teilnahmen.

Einfahren oder Losfahren? Ueber diese oft geäußerte Frage sagt Wa. Ostwald in der „AAZ“ allerlei interessantes, was auch für den erfahrenen Lenker wissenswert ist. — Wie man die Reifenkosten senken kann, wird unter der Ueberschrift „Es muss nicht gleich ein neuer Reifen sein“ ausführlich dargelegt.

Dreitagesfahrt. Gustav Mueller vom „Motorrad“ hat diesen Wettbewerb in der Bayerischen Ostmark auf seiner eigenen Maschine begleitet und gibt eine Auswertung seiner Beobachtungen, die er gleichzeitig mit interessanten Vorschlägen verbindet. — F. Frese äussert sich zu der „Verbesserung der Kühlung an luftgekühlten Motoren“, ein Thema, das sehr aktuell ist.

Kunststoffe für Lager und Ritzel. In der „Deutschen Motor-Zeitschrift“ berichtet Dr. O. Achilles über die Verwendung von Austauschstoffen auf einem Teilgebiet, auf dem schon erhebliche Erfolge erzielt werden konnten.

AIT-Tagung 1938 in Deutschland

Bereits im Vorjahr hat der Präsident des DDAC, Freiherr v. Egloffstein, im Auftrage des Korpsführers Hühlein den Antrag gestellt, die Generalversammlung der Alliance Internationale de Tourisme (AIT) nach Deutschland einzuberufen. Auf der gestern abgeschlossenen Generalversammlung in Paris, bei der Deutschland durch den Deutschen Automobil-Club und den Reichsausschuss für Fremdenverkehr vertreten war, wurde die Einladung einstimmig angenommen. Die Tagung wird im Mai 1938 in Berlin stattfinden. Der AIT sind in 62 Ländern 105 Klubs und Verbände angeschlossen, die im ganzen 7 Millionen Mitglieder umfassen.

Theater • Konzerte Vergnügungen

Deutsches Opernhaus

RENAISSANCE

Theater Tel. 81 67 80 U.-B. Knie

Der Mann mit den grauen Schläfen

ROSE

GARTEN

Brigitte

Die Geschichte

eines

ungewöhnlichen

Mädchen

Roman/Leinen RM 4

Durch jede Buchhandlung erhältlich

Berufen Sie sich

bitte bei Ihren

Anfragen auf das

SCHÜTZEN-VERLAG

GMBH, BERLIN SW 19

Fahrtverbindung: U-Bhf.

„Onkel Toms Hütte“

Der grosse Erfolg! Täglich: KONZERT

des berühmten Kuban-Kosaken-Chor

Eintritt frei! 20 Herren Balalaika, Gesang, Tanz

Tanz im Freien!

Onkel Toms Hütte

Troika

Am Wittenbergplatz Kleiststr. 21

Das russische
Restaurant

Balalaika-Musik

RIOITA

Tauentzienstraße 12

INTIME BAR

Berliner Nachtleben

Kapelle: Heinz Huppertz

Bar: König-Pilsener

St. Pauli

Berlin W. Rantkestraße 20

Remdes Hamburger

Nachtlokal

Verlangen Sie überall das

Berliner Tageblatt

FUNK DES TAGES · Sonnabend, 3. Juli

DEUTSCHLANDSENDER

6.00: Glockenspiel, Morgenruf,

Wetterbericht, Anschl.: Aufnahmen.

6.30: Aus Berlin: Früh-

konzerl. Dazwischen um 7.00:

Nachrichten. 9.00: Sperrzeit.

9.40: Kleine Turnstunde. 10.00:

Volk und Staat — Eine deutsche

Frak kämpft um die Wissenschaft.

10.30: Fröhlicher die Kindergarten.

11.15: Deutscher Seewetterber-

richt. 11.45: Bekämpft die Feld-

maus! Anschl.: Wetterbericht.

12.00: Aus Königsberg: Musik

zum Mittag. 12.55: Zeitliches

der Deutschen Seewarte. 13.00:

Glückwünsche. 13.15: Fortsetzung

der Musik zum Mittag

aus Königsberg. 13.45: Neueste

Nachrichten. 14.00: Allerlei —

von zwei bis drei 15.00: Wet-

ter- und Börsenberichte, Pro-

grammhinweise. 15.10: Heiter

und bunt. 16.00: Aus Köln:

Bunte Melodien. Dazwischen von

17.00—17.10: Jumbo kehrt in

seinen Urwald zurück. 18.00:

Für jeden etwas. 18.45: Sport

der Woche. 19.00: Und jetzt ist

Feierabend! 19.15: Tennis-

meisterschaften in Wimborne.

20.00: Kermisprach. Anschl.:

Wetterbericht und Kurzna-

chrichten. 20.10: Aus Köln: De-

frohe Samstag-Abend. 22.00:

Wetter-, Tages- und Sportna-

chrichten. Anschl.: Deutschland-

echo. 22.30: Eine kleine Nach-

musik. 22.45: Deutscher See-

wetterbericht. 23—0.55: Aus

Berlin: Tanzmusik.

REICHSSENDER BERLIN

6.00: Morgenruf, Wetterbericht.

6.10: Funk-Gymnastik, 6.30:

Frühkonzert. In der Pause um

7.00: Frühnachrichten, 8.00:

Funk-Gymnastik. 8.20: Kleine

Musik. 8.30: Aus Saarbrücken:

Musik am Morgen. 9.30: Mor-

genständchen. 10.00: W. A.

Mozart. 10.30: Wetterbericht

und Kleinhandelspreise der Zen-

tralmarkthalle. 10.45: Sand-

pause. 11.15: Heiterer Klänge.

11.55: Wettermeldungen für die

Landwirtschaft. 12.00: Aus Bres-

tan: Mittagskonzert. In der Pause

von 13.00—13.15: Echo am

Mittag. 14.00: Wetter, Nach-

richten, Wasserstände. 14.15: